

**Momente der Wahrheit:
In Israel soll Menschenrechtsorganisationen
die finanzielle Basis entzogen werden**

von Reiner Bernstein*

Am 1. Dezember 2009 lud ein Unterausschuss des Rechtsausschusses der Knesset zu einer Konferenz ein. Im Mittelpunkt der Präsentationen und Debatten standen Vorwürfe, dass sich ausländische Finanziere internationaler und israelischer Menschenrechtsorganisationen bedienen würden, um sich gesetzeswidrig und illegitim in die Politik des Landes einzumischen und auf sie Einfluss zu nehmen. Letzter Auslöser des Vorstoßes war die weltweit negative Rezeption des „Goldstone Report“ über den Gaza-Krieg im Dezember 2008 / Januar 2009. Mit Datum 8. Februar 2010 leiteten mehrere Abgeordnete¹ dem Präsidenten der Knesset Reuven Rivlin einen Entwurf für die Überarbeitung des „Transparenz-Gesetzes“ von 1981 zu. Die Absicht der Revision, so die Antragsteller des 14-Punkte-Katalogs, sei die Erhöhung der Aufsicht über Finanzleistungen und ihre Empfänger sowie die Schließung von gesetzlichen Lücken im Blick auf

- „eine politische Aktivität, die es darauf anlegt, die öffentliche Meinung in Israel oder in einer anderen Einrichtung des Regierungsapparates in Israel zu beeinflussen, bei der es um eine Komponente der Innen- oder Außenpolitik des Staates Israel geht“, sowie

- die Kontrolle der finanziellen Unterstützung sicherzustellen, die direkt oder indirekt an die Anweisung einer ausländischen politischen Einrichtung gebunden sei oder in ihrem Namen handele, oder die Kontrolle eines Zuwendungsnehmers zu

* Abgeschlossen am 22.03.2010.

verbessern, der von einer ausländischen politischen Einrichtung mindestens ein Drittel seiner finanziellen Ressourcen erhält².

Der Anhörung im Ausschuss vorausgegangen war in der „Jerusalem Post“ ein Positionspapier des Politologen Gerald M. Steinberg (Bar Ilan-Universität), der als Präsident mit seiner Gruppe („NGO Monitor“) das Ziel der scharfen Beobachtung von Nicht-Regierungsorganisationen verfolgt. Steinberg verurteilte die Tätigkeit von Organisationen wie „amnesty international“, „Human Rights Watch“, „B'tselem“ (Im Angesicht, Gen. 27,1), die „Association for Civil Rights in Israel“ (ACRI) mit dem Schriftsteller Sami Michael an der Spitze, „Ir Amim“ („Stadt [Jerusalem] der Völker“) unter Leitung israelischer und palästinensischer Wissenschaftler – unter ihnen des Jerusalem-Experten der „Genfer Initiative“ Professor Menachem Klein –, „Physicians for Human Rights“, „Center for the Defense of the Individual“ („Hamoked“ [„Der Brennpunkt“]), „Adalah – The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel“ (Haifa), die israelisch-palästinensische „Coalition of Women for Peace“ und den „New Israel Fund“ (NIF) unter der Präsidentschaft der emeritierten Politologin und früheren Vizepräsidentin der Knesset Naomi Chazan³.

Gemeinsam mit dem publizistischen Repräsentanten der Siedlerbewegung Israel Harel und anderen legte Steinberg dem Ausschuss eine Dokumentation mit dem Titel „Ein Trojanisches Pferd: Die Wirkung der europäischen Regierungsfinanzierung für israelische NGO's“ vor und forderte das Parlament auf, mit gesetzlichen Mitteln für die Transparenz des Finanzierungsgebarens zu sorgen.

Die beschuldigten Organisationen folgten der Einladung zu der Anhörung nicht und begründeten ihre Absage damit, dass ihre Ergebnisse bereits feststehen würden. Sie konnten sich ihrerseits auf den Bericht der „European Commission Delegation to Israel“ berufen, wonach – neben den direkten Zuschüssen aus Schweden,

Norwegen, Großbritannien, der Schweiz, der Reformierten Kirche der Niederlande und der Parteienfinanzierung der deutschen politischen Stiftungen – die EU im Jahr 2007 insgesamt 261 Millionen Euro für verschiedene Maßnahmen in Israel bereitgestellt habe, darunter in Krankenhäusern, für „Research & Development“- (R&D)-Projekte in Instituten der Zellforschung und der Pharmazie sowie für universitäre Einrichtungen. Nur 0,5 Prozent der Mittel seien, so die „European Commission Delegation to Israel“, Projekten zugute gekommen, die bei Menschenrechtsorganisationen angesiedelt seien.

Dagegen behauptete Steinberg,

- dass sich diese Organisationen mit Hilfe ihrer oft „verborgenen Agenda“ politischen Einfluss auf Entscheidungen der Regierung erkaufen würden und
- dass ihre Bedeutung in keinem Verhältnis zu ihrer Repräsentanz in der israelischen Öffentlichkeit stehe, diese jedoch mit „doppelten Standards“ zu manipulieren versuchen würden.

So würde das Geld unter dem Vorwand, die Zivilgesellschaft zu stärken, für teure Zeitungsanzeigen, für die Bezahlung von Anwälten in Verfahren vor dem Obersten Gericht über die Trennungswandern und die „Vertretung palästinensischer Terroristen“ ausgegeben. Außerdem seien Konferenzen der „Genfer Initiative“ und eine „Flut von Erklärungen an die Adresse der Vereinten Nationen“ finanziert worden, in denen die israelische Politik verurteilt worden sei. Umwegfinanzierungen seien ein probates Mittel der Täuschung über die wahren Absichten. Jüngst sei der „Goldstone Report“ von mehr als zwanzig NGO's mit europäischem Geld kopiert und verteilt worden. In keiner Demokratie, schrieb Steinberg weiter, unterstütze der Steuerzahler ungefragt die Opposition in anderen Demokratien. Mit diesem kolonialistischen Ansatz würden die Ziele des Zionismus und die Gleichwertigkeit der jüdischen Souveränität ausgehöhlt.

Steinberg ließ keinen Zweifel daran, dass für die Finanzleistungen letztendlich die auswärtigen Regierungen verantwortlich seien. Harel ging noch einen Schritt weiter, indem er die genannten Organisationen und Gruppen der Zusammenarbeit mit den Feinden des Landes beschuldigte. Sie würden unterstellen, dass Israel in „Judäa und Samaria“ – der Westbank – und anderswo die Menschenrechte verletze.

Beide Protagonisten vermieden es tunlichst, auf die schwerwiegende Tätigkeit US-amerikanischer Lobby-Verbände wie

– „American Israel Public Affairs Committee“ (AIPAC),

– „Anti-Defamation League“ (ADL),

– „American Jewish Committee“ (AJC) oder

– „Christians United for Israel“ des Pastors John Hagee

auf dem Kapitol in Washington, DC, und in den US-Bundesstaaten einzugehen – vom Auftritt israelischer Präsidenten und Ministerpräsidenten vor AIPAC-Konferenzen wie jener von Benjamin Netanyahu am 23. März 2010 oder von der steuerlichen Abzugsfähigkeit US-amerikanischer Spenden für Bau- und Unterhaltsprojekte in Ost-Jerusalem und in der Westbank nicht zu reden.

Von Seiten einer israelisch-palästinensischen NGO wurde vor kurzem der Verdacht geäußert, dass es die genannten Lobby-Verbände darauf anlegen könnten, Präsident Barack Obama so zu schwächen, dass ihm nach einer mit Genugtuung entgegnendehenden Niederlage bei den Kongress-Teilwahlen im November 2010 eine zweite Amtszeit verwehrt bleibe⁴. Außerdem äußerte Nachum Barnea, ein führender israelischer Kommentator,

die Erwartung, dass mit den Debatten in der Knesset auch die Frage von doppelter Loyalität und Steuerbetrug öffentlich zur Sprache kommen könnte⁵.

Die Anhörung am 1. Dezember 2009 stand mithin in einem größeren Zusammenhang, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Auf der Herzliya-Konferenz im Februar 2009 hatte der israelische Botschafter in London Ron Prosor beklagt, dass die Delegitimierung Israels in vielen Teilen Europas an Fahrt gewonnen habe, so in Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland. Daraufhin schlug der Chefredakteur der „Jerusalem Post“ David Horovitz die Schaffung einer gut ausgestatteten PR-Agentur unter Verantwortung des Kabinetts vor, um den genannten Trends gezielt entgegenzuwirken. Im Februar 2010 hat ein in Tel Aviv beheimatetes „Reut Institute“ die israelische Politik dazu aufgerufen, einen „politischen Feuerwall“ zur Abwehr seiner Delegitimierung zu errichten⁶.

Als eine Konsequenz ließ der Minister für Aufklärung und Diaspora-Angelegenheiten Yuli Edelstein vor kurzem das Internet-Portal „Aufklärer“ („masbirim“) schalten, um israelische Touristen in die Lage zu versetzen, im Ausland als beste Botschafter ihres Landes aufzutreten⁷. Seit der Herzliya-Konferenz schießen in vielen Teilen der Welt der Politik Israels nahestehende Informationskampagnen aus dem Boden, in Deutschland etwa www.haolam.de – eine Anspielung auf Uri Avnerys frühes Wochenblatt gleichen Namens („Die Welt“), aber mit politisch umgekehrten Vorzeichen.

Der Autor Gershon Gorenberg wollte über den Streit um den Gesetzentwurf nicht in Vergessenheit geraten lassen, dass „der hellste Punkt in der israelischen Demokratie das Gewicht jener Gruppen“ sei, die „unabhängig von der Regierung und von politischen Parteien [die Werte von] Bürgerrechten und sozialer Gleichberechtigung fördern“⁸. Der an der Hebräischen Universität arbeitende Amos Goldberg befürchtete, dass ohne den Widerstand

zivilgesellschaftlicher Kräfte gegen die Gewalt des Militärs und der Siedler Israel auf bestem Wege sei, ein demokratische Modell à la Russland und Ägypten zu werden. Ohne die finanziellen Zuwendungen aus dem Ausland seien Bemühungen um den Schutz der Menschenrechte nicht möglich⁹.

Der allerletzte Image-Vorteil Israels, im Nahen Osten eine Demokratie zu sein, gehe auf diese Weise verloren, klagte eine Leserin in der „Jerusalem Post“, während hingegen eine andere solche Initiativen als Ausdruck des wahren Patriotismus lobte. Ein dritter Leser verglich die ausländischen Zahlungen mit der Finanzierung von Pogromen und Todeslagern für die Juden in Europa, während ein vierter dem gerade in den USA auf Vortragstour befindlichen Ehud Olmert wünschte, dass sein Name wegen seiner vermeintlichen Kompromissbereitschaft gegenüber den Palästinensern aus dem Buch des Lebens ausgelöscht werde.

Am 4. Februar 2010 entging die Präsidentin des „New Israel Fund“ Naomi Chazan einem Anschlag. Ihm vorausgegangen war eine propagandistische Breitseite der rechtsextremen israelischen Bewegung „Im Tirtzu“ („Wenn ihr wollt“) – eine Anspielung auf Theodor Herzl –, die den Rückzug aus den palästinensischen Gebieten strikt ablehnt und als „außerparlamentarische Bewegung die zionistischen Werte stärken“ will. Sie hatte Chazan wegen ihrer angeblichen Verbindungen zur Goldstone-Kommission angegriffen und sie in Zeitungsanzeigen mit einem Horn auf der Stirn unter dem Namen „Naomi Goldstone Chazan“ karikiert; „Fund“ ist im hebräischen Wort „Keren“ auch die Bedeutung „Horn“.

Wie nicht anders zu erwarten, reichten Richtigstellungen und Distanzierungen den Antragstellern und ihren Gefolgsgruppen nicht aus. Denn es geht ihnen keineswegs um eventuelle Fälle der Fehlsteuerung, sondern um die Schwächung der politischen Pluralität im öffentlichen Meinungsbild. Deshalb half es wenig, dass Chazan in einem Telefonat mit „Haaretz“ betonte, sie sei stolz, ein

Symbol der israelischen Demokratie mit ihren Werten für Gleichheit, Toleranz, soziale Gerechtigkeit und Redefreiheit zu sein, und gleichzeitig den „Goldstone Report“ wegen methodologischer Mängel kritisierte. Zuvor hatte „B'tselem“ der Behauptung des Berichts widersprochen, dass das israelische Militär willentlich die zivile Infrastruktur im Gazastreifen zerstört habe. Zu Recht lautete für den geschäftsführenden Direktor des „New Israel Fund“, Daniel Sokatch, die entscheidende Frage nicht, ob Israel, sondern wie Israel überleben werde.

¹ Es handelte sich um die Abgeordneten Zeev Elkin („Likud - Einheit“), Avraham Michaeli („Shas – Sefardische Torahwächter“), David Rotem („Israel Beiteinu – Unser Haus Israel“), Othniel Schneller („Kadima - Vorwärts“), Yariv Levin („Likud - Einheit“), Michael Ben Ari („Ichud Leumi – Nationale Union“) und Tzipi Hotovely („Likud - Einheit“).

² Vgl. die Antwort des Berliner Auswärtigen Amtes an die Abg. Petra Pau (Fraktion „DIE LINKE“) in der Menüleiste „Chronologie“ unter dem 26.04.2010 dieser Homepage.

³ Gerald M. Steinberg: Manipulating the marketplace of ideas, in „Haaretz“ 29.11.2009; Rosner's Domain: Gerald Steinberg on European funding for Israeli NGO's, in „The Jerusalem Post“ 02.12.2009; Eetta Prince-Gibson: Show me your money, in „The Jerusalem Report“ 04.01.2010, S. 10 f. Am 29.01.2010 erschien in der Zeitung „Maariv“ ein Beitrag mit dem Titel „Der New [Israel] Fund und die Fälscherindustrie“ (Hebr.), in der „New Israel Fund“ beschuldigt wurde, im Einklang mit dem „Goldstone Report“ das israelische Militär und den Staat zu verleumden.

⁴ Gershon Baskin: What next – from crisis to progress? 19 March 2010. Der Autor ist neben Hanna Siniora Leiter des „Israel/Palestine Center for Research and Information“ (IPCRI) mit Sitz in Jerusalem.

⁵ Nachum Barnea: Wie US-jüdische Führungspersonlichkeiten sich [dem Vorstoß] anschlossen, das gegen die NIF gerichtete Gesetz zu blockieren, in „Yediot Acharonot“ 05.02.2010 (Hebr.).

⁶ Reut Institute. The Delegitimization Challenge: Creating a Political Firewall, 14.02.2010.

⁷ Peter Münch: Ein Volk von Botschaftern, in „Süddeutsche Zeitung“ 02.03.2010, S. 1.

⁸ Gershon Gorenberg: Free Speech and Funding in Israel, in „The American Prospect“ 12.02.2010. Gorenberg ist der Autor der Bücher „The Accidental Empire. Israel and the Birth of the Settlements, 1967–1977“ (New York 2006) und „The End of Days. Fundamentalism and the Struggle for the Temple Mount“ (New York 2000).

⁹ Amos Goldberg: Das geschieht hier und jetzt, in „Haaretz“ 22.03.2010 (Hebr.).
